

Beraten und beschlossen

12. Landessynode 2015 - 2020

9. Tagung 22. bis 25. Mai 2019

Mutterhaus der Diakonissen Speyer-Mannheim, Speyer

Berichterstattung

Missionarische Impulse für die ganze Gesellschaft gefordert

Synodalpräsident eröffnet pfälzische Landessynode - Schwerpunkt demografischer und gesellschaftlicher Wandel

Speyer (lk). Der pfälzische Synodalpräsident Hermann Lorenz blickt mit Sorge auf die zurückgehenden Mitgliederzahlen der Kirchen und die damit verbundenen geringeren Finanzeinnahmen, die Anfang Mai in der Freiburger Studie veröffentlicht wurden. Laut einer Umfrage des Magazins „Der Spiegel“ liege auch die Zahl der Menschen, die in Deutschland an Gott glaubten, bei nur 55 Prozent (2005 waren es 66 Prozent), zitierte Lorenz zur Eröffnung der Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz am Mittwoch in Speyer.



Auch unter den EKD-Mitgliedern glaubten nur 67 Prozent an die Existenz Gottes. Lorenz rief die Synodalen dazu auf, die Aufgaben und Aktivitäten, die die Landeskirche finanziere, auf den Prüfstand zu stellen. „Angesichts der vorliegenden Untersuchungen haben wir es offensichtlich nicht geschafft, den Glauben unserer Kirchenmitglieder oder missionarische Impulse für die Gesamtbevölkerung zu stärken“, sagte Lorenz. Dies allerdings sei die vordringlichste Aufgabe der Landeskirche.

Auf der Landessynode werden die Mitglieder über die Trauung von Menschen mit gleichgeschlechtlicher Orientierung entscheiden. Synodalpräsident Lorenz plädierte dafür, dem Entwurf zur völligen Gleichstellung homosexueller Paare zuzustimmen. „Natürlich wird es bei einem solchen Beschluss in verschiedenen Kreisen Kritik geben. Man wird uns vorwerfen, den Boden der Heiligen Schrift zu verlassen.“ Dennoch bekräftigte Lorenz seinen persönlichen Standpunkt: Alle, ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung, seien Gottes Geschöpfe. „Wir als Kirche haben nicht das Recht, zu einer Ehe den Segen zu verweigern.“

In seinem Grußwort forderte der Ökumenereferent des Bistums Speyer, Thomas Stubenrauch, angesichts des bevorstehenden Mitgliederrückgangs von der katholischen und der evangelischen

Kirche mehr Zusammenarbeit. „Die Herausforderungen müssen tiefer angepackt werden als nur auf der strukturellen Ebene. Für die Zukunft kommt es entscheidend darauf an, ob es uns gelingt, die konkrete Lebensgeschichte der Menschen zu verknüpfen mit Gott“, sagte er. Die Ökumene der Gaben, der offene und wertschätzende Blick darauf könne helfen, zu diesem Kern vorzudringen, so Stubenrauch.

Ein besonderes Grußwort richtete zudem Oberkirchenrat Marc Reusch von Seiten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) an die Mitglieder der Synode. Der ehemalige Pfarrer der Speyerer Dreifaltigkeitsgemeinde leitete bis März 2019 die Evangelische Deutschsprachige Gemeinde in Mexiko und trat danach den Dienst im Referat für Afrika und Entwicklungspolitik der EKD an. Er richtete den Blick auf das Thema digitalen Wandel und auf die jüngere Zielgruppe, die mit neuen Medien aufgewachsen ist und nicht mit traditionellen Medien der Kirche erreicht werden können.

Dazu zählte Reusch die Frage, ob Kirche einen Youtube-Kanal brauche und sich um bessere Suchergebnisse bei Google kümmern müsse. Für die digitale Vernetzung sei bei der EKD eine neue Stabstelle eingerichtet worden, von der auch die Landeskirchen profitierten. Mit Bezug auf die demografische Entwicklung der Mitgliederzahlen begrüßte Reusch die Entscheidung der EKD-Synode, sich ab der nächsten Periode zu verjüngen und besonders die 18- bis 25-Jährigen einzubeziehen. „Bei aller Beschäftigung mit uns selbst sollten wir die gute Botschaft im Blick haben und sie zeitgemäß, verständlich, klar und authentisch unter die Menschen bringen.“

Hintergrund: Der Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz gehören 70 Synodale an – 45 weltliche und 25 geistliche. Acht der 70 Mitglieder sind berufen, davon zwei als Jugendvertreter. Synodalpräsident ist der Kaiserslauterer Jurist Hermann Lorenz. Dem Präsidium gehören außerdem der Dekan des Kirchenbezirks An Alsenz und Lauter, Matthias Schwarz, als erster Vizepräsident und Ministerialrat Joachim Schäfer aus Carlsberg als zweiter Vizepräsident sowie Rommi Keller-Hilgert und Daniela Freyer als Beisitzerinnen an. Die Landessynode ist als kirchliche Volksvertretung die Inhaberin der Kirchengewalt. Sie trifft wesentliche Entscheidungen in den geistlichen, rechtlichen und finanziellen Bereichen der Landeskirche. Ihre Amtszeit beträgt sechs Jahre.

22. Mai 2019

„Dürfen uns nicht aus der Öffentlichkeit zurückziehen“

Kirche und Staat: Kirchenpräsident Christian Schad betont Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips



Speyer (lk). Das Subsidiaritätsprinzip, wonach gesellschaftliche Aufgaben nicht zuerst vom Staat, sondern eigenverantwortlich von gesellschaftlichen Gruppierungen gelöst werden sollen, spielt im Verhältnis von Kirche und Staat eine entscheidende Rolle. In seinem Bericht vor der in Speyer tagenden Synode hat Kirchenpräsident Christian Schad Forderungen eine Absage erteilt, wonach sich die Kirchen aus öffentlichen Aufgaben zurückziehen sollten: Die

finanziellen Mittel für ihre Kindergärten, Jugend- oder Altenhilfeeinrichtungen erhielten die kirchlichen Träger nicht, „weil wir Kirchen sind, sondern weil wir den Staat bei zentralen gesellschaftlichen Aufgaben unterstützen“, sagte Schad am Mittwoch.

Bei der Förderung kirchlicher Institutionen durch den Staat handle es sich nicht um „ungerechtfertigte Subventionen“, unterstrich der Kirchenpräsident. Vielmehr trage das Prinzip der Subsidiarität in einem säkularen Staatswesen wie Deutschland zum Gemeinwohl bei. Daher müsse Kirche immer wieder neu vermitteln, was sie mit ihrem Geld für die Gesellschaft leiste – und dass das Recht, Steuern zu erheben, kein „Privileg der Kirchen“ sei. Es dürfe nicht unterschätzt werden, „wie viele segensreiche Aktivitäten für Kirche und Gesellschaft durch die Kirchensteuer möglich sind“. Mit ihr leisteten die Gemeindeglieder freiwillig einen Beitrag zur Finanzierung kirchlicher Aufgaben, der ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angemessen sei. „Dieser Grundgedanke trägt auch in Zukunft“, sagte Schad. Das schließe freilich nicht aus, sondern ein, dass zusätzlich andere Wege der Finanzierung, wie etwa das Fundraising, „nicht bloß berechtigt, sondern immer mehr auch notwendig“ seien.

In seinem Bericht zum Verhältnis von Kirche und Staat unterstrich Schad, dass die offene und fördernde Neutralität der Bundesrepublik Deutschland den Kirchen gegenüber prinzipiell auch allen anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zukomme. Für den Staat bedeute das, „dass er Religion respektiert, ohne sich mit ihr zu identifizieren; dass er den Glauben achtet, ohne über ihn zu verfügen und dass er den Glaubensgemeinschaften Raum gewährt, ohne sie in seine Abhängigkeit oder sich in ihre zu bringen“. Die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit fördere zudem die Integration Verschiedener und stärke die Idee einer aktiven und partizipatorischen Zivilgesellschaft, sagte Schad.

Entsprechend verpflichte die Idee des freiheitlich-säkularen Staates auch dazu, den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften einen angemessenen Rahmen für den Religionsunterricht zu ermöglichen. Eine umfassende kulturelle Bildung komme nicht ohne religiöse Bildung aus – deshalb beteilige sich die Kirche an der Gestaltung von Schule und Bildung. Nur der religiös Gebildete sei fähig, die Freiheit, die ihm der weltanschaulich-neutrale Staat gewähre, auch tatsächlich wahrzunehmen und eigenverantwortlich zu leben.

Angesichts aktueller Populismen „mit ihrer Lust auf Pauschalurteile und einfache Antworten“ regte Schäd eine „Neuvermessung der Relativität des Politischen“ an. Demokratische Errungenschaften wie Weimarer Verfassung von 1919, das Grundgesetz von 1949 und Friedliche Revolution 1989 in der ehemaligen DDR zeigten, dass der christliche Glaube auch „politisch wirksam“ sei. Die Zahl der Menschen, die sich zur Kirche halten, gehe zwar zurück und die finanziellen Mittel der Kirche würden geringer. Diesen Prognosen stünden jedoch neue Aufbrüche gegenüber: „Es entsteht ein Gespür dafür, dass ein komplett diesseitiges, konsumzentriertes Leben zu banal und zu oberflächlich ist.“ Je unerbittlicher die europäische Welt auf die globalisierte Wirtschaft ausgerichtet sei, desto stärker werde nach Gegenkräften gefragt. Die Seele des Menschen rebelliere mit einer neuen Zuwendung zur Religion und einer neuen Aufmerksamkeit für Frömmigkeit und Spiritualität gegen eine Reduktion auf das rein Kommerzielle. „Eine gelebte Frömmigkeit, die glaubwürdig und befreiend ist, stabilisierend und widerstandsfähig, das sind für mich die entscheidenden Lebens- und Überlebensressourcen unserer Kirche.“

22. Mai 2019

Erprobungsgesetz verlängert**Kirchenbezirk Ludwigshafen bleibt bei der besonderen Zusammensetzung der Bezirkssynode**

Die Landessynode hat das Erprobungsgesetz bis 2026 verlängert. Dieses gilt für den Kirchenbezirk Ludwigshafen. Während in allen anderen Bezirkssynoden Pfarrer automatisch Mitglieder dieser sind, sind es im Dekanat Ludwigshafen die geschäftsführenden Pfarrer der Kirchengemeinden sowie gewählte Vertreter aller Geistlichen.

22. Mai 2019

Kirchliche Trauung für alle

Synode beschließt vollständige Gleichstellung in der gottesdienstlichen Begleitung von Eheleuten



Speyer (lk). Gleichgeschlechtliche Paare haben in der Evangelischen Kirche der Pfalz einen Anspruch auf eine kirchliche Trauung. Das hat die in Speyer tagende Landessynode beschlossen. Damit sei eine vollständige Gleichstellung in der gottesdienstlichen Begleitung von zwei Personen gleichen oder verschiedenen Geschlechts geschaffen worden, erklärte Oberkirchenrat Manfred Sutter. Die Synode reagiere damit auf die vom Bundestag beschlossene „Ehe für alle“, die seit Oktober 2017 gilt.

Im Unterschied zur bisher geltenden kirchlichen Regelung seien die zuständigen Pfarrer verpflichtet, die Trauung vorzunehmen und könnten diese wie die anderen Amtshandlungen Taufe oder Beerdigung nur ausnahmsweise aus Gewissensgründen verweigern, sagte Sutter. Eine Zustimmung des Presbyteriums sei nicht mehr erforderlich, betonte der Oberkirchenrat.

Dem Beschluss der Landessynode ging ein Konsultationsprozess voraus, in den Vertreter der Synode, des Evangelischen Gemeinschaftsverbandes Pfalz, der Pfarrvertretung und des Landeskirchenrates eingebunden waren. Die Landessynode folgte den Empfehlungen der Konsultationsgruppe. In der pfälzischen Landeskirche konnte bereits seit 2002 für gleichgeschlechtliche Paare, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, eine gottesdienstliche Begleitung stattfinden.

22. Mai 2019

EKD-Synode: Dominique Ehrmantraut vertritt Landeskirche

Landessynode wählt die Landauer Pfarrerin als neues geistliches Mitglied

Speyer (lk). Die Landessynode hat Pfarrerin Dominique Ehrmantraut zur geistlichen Vertreterin der Evangelischen Kirche der Pfalz in die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gewählt. Die Neuwahl war notwendig geworden, weil Dorothee Wüst nach ihrer Wahl zur Oberkirchenrätin ihre Mitgliedschaft in dem Gremium niedergelegt hatte. Ehrmantraut, 55, ist Religionslehrerin am Max-Slevogt-Gymnasium in Landau.



Erster Stellvertreter von Ehrmantraut in der EKD-Synode ist der Grünstadter Pfarrer Andreas Funke, 54, zweiter der Neustadter Dekan Armin Jung, 62. In der Synode der EKD, die 120 Mitglieder hat, ist die Evangelische Kirche der Pfalz mit zwei Mitgliedern vertreten. Neben Ehrmantraut als geistliches Mitglied ist dies der Diplom-Chemiker Hartmuth Leube, 57, als weltliches Mitglied.

23. Mai 2019

Berufung eines stellvertretenden Jugendvertreters

Aaron Kleinz wird als zweiter Stellvertreter von Jugendvertreter Dominic Blauth in die Synode gewählt.

23. Mai 2019

Nachwahl von drei stellvertretenden Mitgliedern der Kirchenregierung

Erich Herr wird als zweiter Stellvertreter von Hartmann Leube gewählt.

Ralph-Walter Krieger wird als zweiter Stellvertreter von Dekan Stefan Dominke gewählt.

Christine Schöps wird als zweite Stellvertreterin von Pfarrer Hans Hutzel gewählt.

23. Mai 2019

Für die Zukunftssicherung der Kirche arbeiten

Konsolidierungskommission hat Arbeit aufgenommen – Erster Bericht vor der Landessynode



Speyer (lk). Themen und Strategien, mit denen die Landeskirche ihren Auftrag langfristig erfüllen und finanziell sichern kann, hat eine Konsolidierungskommission in Angriff genommen. Die Ergebnisse sollen bis zum Frühjahr 2020 vorgelegt werden. In einem ersten Bericht vor der in Speyer tagenden Landessynode erklärte der Vorsitzende der Kommission, Helmuth Morgenthaler, dass in den Beratungen auch Themen angesprochen würden, um die man bisher immer

einen Bogen gemacht habe und die „massive Auswirkungen auf unser Kirche-Sein haben würden“.

Morgenthaler nannte als Beispiele die Reduzierung der Zahl der Dekanate und Verwaltungsämter sowie die Zusammenlegung übergemeindlicher Dienste mit entsprechenden Einrichtungen anderer Landeskirchen. Morgenthaler, auch Vorsitzender des Finanzausschusses der Synode, verwies zugleich darauf, dass es ausdrücklicher Auftrag der Landessynode gewesen sei „ohne Denkverbote zu arbeiten“.

Die Mitglieder der Konsolidierungskommission sind nach Angaben von Morgenthaler „aus der Komfortzone unserer kirchlichen Sozialisation“ herausgeholt worden, um das Ziel einer dauerhaften jährlichen Einsparung von rund zehn Millionen Euro zu erreichen. Der Kommissionsvorsitzende unterstrich, dass es auch um die Vision einer Kirche für die Zukunft gehe. Darum werde nicht nur die Frage nach Einsparungen gestellt. „Wir diskutieren auch darüber, welche Bereiche wir finanziell stärken müssen, um als Kirche bestehen zu können“, sagte Morgenthaler.

Gemeinsam mit der Co-Vorsitzenden der Konsolidierungskommission, Finanzdezernentin Karin Kessel, zeigte sich Morgenthaler zuversichtlich, dass es gelinge, „der Verantwortung für die Zukunftssicherung unserer Kirche gerecht zu werden“. Die letztgültige Entscheidung habe die Landessynode zu treffen.

23. Mai 2019

Mehr Handlungsspielräume für Diakonie

Synode hat geändertes Diakoniegesetz als Teil des Strategieprozesses zugestimmt

Speyer (dwp/lk). Klare Strukturen, größere Handlungsspielräume und schnellere Entscheidungswege: Diesen Bedürfnissen des Diakonischen Werkes kommt die Änderung des Diakoniegesetzes nach, der die Landessynode am Donnerstag zugestimmt hat. Das Gesetz erlaubt dem Diakonischen Werk beispielsweise, eigene neue Geschäftsfelder auszubauen und bereits bestehende Angebote an gesamtgesellschaftliche Entwicklungen anzupassen.

Nach der Gesetzesänderung gehören der Landespfarrer als Sprecher und bis zu zwei weitere gleichberechtigte Mitglieder dem Vorstand an. Sie nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen der Hauptversammlung und des Hauptausschusses teil. Die Hauptversammlung wird sich verkleinern, beim Hauptausschuss sind bis zu zwei Berufungen möglich. Damit sollen sich die Aufgaben auf politisch-strategische und aufsichtsrechtliche Funktionen konzentrieren.



Der Hauptversammlung als „Parlament der Diakonie“ gehören unter anderem Vertreter aller 15 Kirchenbezirke sowie Vertreter der Diakonischen Träger wie den Diakonissen Speyer oder dem Diakoniewerk Zoar an.

Die beschlossenen Gesetzesänderungen sind Voraussetzung für einen umfangreichen Strategieprozess des Diakonischen Werkes, den das Institut für Technologie und Arbeit (ITA) der Universität Kaiserslautern begleitet. Das Konzept wurde von der Geschäftsführung, dem für die Diakonie zuständigen Oberkirchenrat Manfred Sutter sowie Mitarbeitern des Diakonischen Werkes Pfalz in Abstimmung mit dem Hauptausschuss und der Hauptversammlung erarbeitet.

23. Mai 2019

Oberkirchenrätin Karin Kessel im Amt bestätigt

Die Finanz- und Baudezernentin der Evangelischen Kirche der Pfalz tritt ihre vierte Amtszeit an

Speyer (lk). Die Finanz- und Baudezernentin der Evangelischen Kirche der Pfalz, Oberkirchenrätin Karin Kessel, ist am Donnerstag von der in Speyer tagenden Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz im Amt bestätigt worden. Von 64 abgegebenen Stimmen votierten 63 Synodale für Kessel, es gab eine Enthaltung. Die 59-Jährige, die seit 21 Jahren als weltliche Oberkirchenrätin dem Landeskirchenrat angehört, war die einzige Kandidatin.



Die Herausforderungen, vor denen die Landeskirche in den kommenden Jahren stehe, seien nicht gering, sagte Kessel. „Aber jeder Umbau, jede Veränderung trägt auch Gestaltungspotenzial in sich.“ Sie freue sich darauf, Leitungsverantwortung für eine weitere Amtsperiode zu übernehmen und diesen „spannenden Veränderungsprozess“ mitgestalten zu können, bedankte sich Kessel für das in sie gesetzte Vertrauen. Die 59-Jährige tritt am 1. Juni ihre vierte Amtszeit als Oberkirchenrätin der pfälzischen Landeskirche an.

Karin Kessel trat 1988 in den Dienst der Landeskirche. 1998 wurde die gebürtige Altriperin erstmals von der pfälzischen Landessynode zur juristischen Oberkirchenrätin gewählt, zuständig für Rechts und Personalangelegenheiten. 2007 übernahm die Juristin die Verantwortung für das Finanz- und Baudezernat. Vor 21 Jahren war die Oberkirchenrätin noch die einzige Frau im Landeskirchenrat. Aktuell gehören der obersten Behörde zur Leitung und Verwaltung der Landeskirche drei Oberkirchenrätinnen und zwei Oberkirchenräte an. Den Vorsitz im Kollegium führt der Kirchenpräsident.

Kessel bezeichnete in ihrer Rede vor der Synode die finanzielle Situation der Landeskirche als die „größte Herausforderung des kommenden Jahrzehnts“. Es sei damit zu rechnen, dass die Kirchensteuereinnahmen zunächst auf bestehendem Niveau blieben, bevor sie voraussichtlich Mitte des nächsten Jahrzehntes zu sinken begännen. Gleichzeitig würden aber die Ausgaben, insbesondere die Personalausgaben, steigen. „Veränderungen sind nie leicht. Sie haben schon in der Vergangenheit zu mehr oder weniger tiefen Einschnitten geführt“, führte Kessel aus. Es müsse jedoch immer die Frage im Zentrum stehen, „wie es uns am besten gelingt, unseren Auftrag – die Verkündigung des Evangeliums – zu erfüllen. Jeder Umbau, jede Veränderung trägt auch Gestaltungspotenzial in sich und diese Möglichkeit gilt es zu nutzen“.

Auf der Prioritätenliste steht nach Kessels Worten u.a. die Überarbeitung des Finanzausgleichgesetzes und nannte als Beispiel die Umsetzung des neuen rheinland-pfälzischen Kita-Zukunftsgesetzes. In Absprache mit der katholischen Kirche müsse es zu „feststehenden Vorgaben“ für die Vereinbarungen zwischen den Trägern der Einrichtungen und den Kommunen kommen, kündigte Kessel an. Die größte Aufgabe für die Kirchengemeinden sei indes der Gebäudeerhalt. Die

Kirchengemeinden müssten „mit weniger Zuweisungen und Gemeindemitgliedern die gleichen Lasten tragen“.

23. Mai 2019

Porträt: „Wir haben so viel Gestaltungspotenzial“

Die wiedergewählte Finanzdezernentin der Landeskirche, Karin Kessel, setzt auf „Change Management“. Sie ist fest davon überzeugt, dass jeder Veränderungsprozess auch Chancen birgt.



Speyer (lk). Die Chancen zur Veränderung wahrnehmen und kluge Lösungen finden: Auch angesichts schwindender Kirchenverbundenheit und demografischer Entwicklungen, hoher Personalkosten, aufwändigem Gebäudeerhalt und „Sparkommission“ blickt die Finanz- und Baudezernentin der Evangelischen Kirche der Pfalz, Karin Kessel, zuversichtlich in die Zukunft. „Wir haben so viel Potenzial. Wir können für die Menschen da sein und in der Gesellschaft Zeichen setzen“, sagt die von der Synode wiedergewählte,

„dienstälteste“ Oberkirchenrätin.

„Jeder Veränderungsprozess birgt auch neue Möglichkeiten“, ist Kessel überzeugt. „Gottvertrauen“, das sie aus ihrem christlichen Glauben schöpfe, und die Freude am Gestalten hätten sie stets geleitet. „Die Kirche wird sich verändern, aber sie wird nach wie vor ihren christlichen Auftrag, die Weitergabe der frohen Botschaft, wahrnehmen. Die Rahmenbedingungen verändern sich und damit auch die Ausgestaltung des Auftrags. Das ist mein Bild von diesem Prozess.“

1988 trat Karin Kessel in den Dienst der Landeskirche. 1998 wurde die gebürtige Altriperin erstmals von der pfälzischen Landessynode zur juristischen Oberkirchenrätin gewählt, zuständig für Rechts- und Personalangelegenheiten. Damals war sie die erste Frau in der noch männerdominierten Leitungsriege. 2007 übernahm die Juristin, die mit Zahlen ebenso gerne wie mit Paragrafen umgeht und Versicherungsmathematik „spannend“ findet, die Verantwortung für das Finanz- und Baudezernat. Heute nennt sie es ein „Highlight, als Frau nicht mehr allein im Kollegium zu sein“. Dem Landeskirchenrat als oberster Behörde zur Leitung und Verwaltung der Landeskirche gehören aktuell drei Oberkirchenrätinnen und zwei Oberkirchenräte sowie der Kirchenpräsident an.

1996 gab es die ersten Einspardiskussionen. Sparappelle ziehen sich seitdem wie ein Roter Faden durch Kessels Amtszeit. Die gleichen Lasten tragen angesichts weniger Zuweisungen und weniger Gemeindeglieder und mittelfristig zurückgehender Kirchensteuereinnahmen – das könne nicht funktionieren, sagt die 59-Jährige. Die Lösung sei „Change Management“ – hierbei geht es um die Umsetzung neuer Strategien in Organisationen. „Wir werden manche Aufgabenfelder deutlich verändern müssen. Aber wenn erst der Schritt geschafft ist, die Notwendigkeit der Veränderung zu erkennen, und wir uns von manchem Wichtigem und auch Liebgewonnenem verabschieden, können wir die innere Freiheit wiedergewinnen, um nach gelingenden Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Dann kehrt auch die Freude an der Gestaltung zurück, dann wachsen gute Ideen und es wird die Kraft da sein, dies umzusetzen.“

Mehr als 70 Prozent der landeskirchlichen Ausgaben seien Personalkosten, rechnet Kessel vor. Gleichwohl sei in den letzten 20 Jahren in allen Bereichen der Landeskirche – von der Verwaltung

über die Dienststellen, Einrichtungen und Werke bis zum Pfarramt – bereits eine Reduzierung um 250 Stellen erfolgt. Notwendige Einsparungen könnten aber nur durch weiteren Stellenrückbau gelingen, sagt die Finanzdezernentin. Dies jedoch ohne die kirchlichen Kernaufgaben einzuschränken: „Der Gottesdienst und die Kasualien sind genauso wichtig wie die Erfüllung des diakonischen Auftrags, Mission und der Religions- oder Konfirmandenunterricht.“ Rahmenbedingungen seien die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. „In jedem Arbeitsbereich sind dann die Verantwortlichen gehalten, das Beste daraus zu machen“, betont Kessel.

Jeder Entscheidung gehe eine oft schwierige Abwägung des Für und Wider voraus, weiß die Oberkirchenrätin. Als Beispiele nennt sie die Fusion der Evangelischen Fachhochschule Ludwigshafen mit der staatlichen Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft („eine Win-Win-Situation“) oder das Gesetz zur Baumittelvergabe nach dem „Homburger Modell“, das einerseits zwar zu einer „hohen Transparenz“ geführt habe, andererseits aber auch Schwachstellen, etwa bei der Finanzierung von Generalsanierungen, gezeigt habe. Die Sorgen der Menschen, die von Veränderungen betroffen seien, hätten sie manche schlaflose Nacht gekostet. „Finanzmittel sind Sachmittel. Darüber kann zunächst ganz nüchtern entschieden werden.“ Aber die Auswirkungen bekämen Menschen zu spüren. „Wenn Tränen fließen, weil sie emotional tief betroffen sind – das geht schon an die Nieren.“

Das Amt einer Oberkirchenrätin bringt zahlreiche Ehren- und Nebenämter und viele Tagungen und Dienstreisen mit sich. Da kämen Familie und Freizeit häufig zu kurz, bedauert die Oberkirchenrätin. „Aber ich habe Freude an meiner Arbeit und an der Zusammenarbeit mit den Kollegen. Neues lernen, Neues entdecken – nur so bleibt die Spannung erhalten.“ Stress baue sie am besten beim Walken, Radfahren und Schwimmen ab. Und beim Lesen: „Gerne Biografien und vor dem Einschlafen am liebsten französische Krimis.“

23. Mai 2019

Gemeinde geht weiter

Zusammenarbeit statt Einzelkämpfertum



Speyer (lk). Vernetzung statt Versäulung, Zusammenarbeit statt Einzelkämpfertum: Das landeskirchliche Konzept „Gemeinde geht weiter“ zeigt Wege sinnvoller Zusammenarbeit in so genannten Kooperationsregionen auf. Das ist das Ergebnis einer Evaluation von 20 Projekten, das Oberkirchenrätin Marianne Wagner und die Projektmanagerin und Referentin im Landeskirchenrat, Dagmar Peterson, am Donnerstag der Synode vorgestellt haben. 102

Gemeinden haben sich an dem landeskirchlichen Projekt beteiligt und dabei die Erfahrung gemacht, dass von der Seelsorge bis zur Flüchtlingshilfe, von der Kinder- und Jugendarbeit bis zum Seniorennetzwerk und vom Ehrenamtsmanagement bis zu Kultur- und Bildungsangeboten gemeinsam vieles besser läuft.

Die Kirche befinde sich in einem Prozess des Wandels. Dieser müsse aktiv gestaltet werden, sagte die für Organisationsentwicklung in den Kirchengemeinden und Kirchenbezirken zuständige Dezernentin Marianne Wagner. Als Antwort auf die demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen war „Gemeinde geht weiter“ 2016 an den Start gegangen, nachdem sich zuvor so genannte Kooperationsregionen in den Kirchenbezirken gebildet hatten. Damit sollte die Zusammenarbeit der Kirchengemeinden und die Vernetzung unterschiedlicher Arbeitsbereiche verstärkt und verbessert werden, erläuterten Peterson und Wagner. Die Projekte orientierten sich an den Handlungsfeldern Verkündigung, Hilfe für Einzelne und Seelsorge, Gerechtigkeit und Diakonie sowie Bildung. Finanziell wurden sie mit jeweils 2.000 Euro unterstützt.

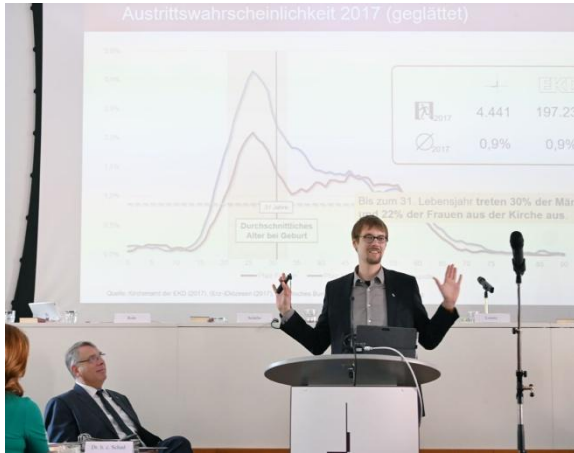
„Die Kirchengemeinden in den Kooperationszonen haben sich bei der Projektarbeit besser kennengelernt und sind enger aneinandergerückt. Dabei machten sie die positive Erfahrung, dass man sich gegenseitig entlasten kann, wenn Synergieeffekte durch Zusammenarbeit und Arbeitsteilung genutzt werden. Zugleich habe sich gezeigt, dass die fachliche Begleitung und Beratung durch die Landeskirche und ihre Arbeitsstellen als hilfreich empfunden wurden, führte Peterson aus. Für die meisten Projekte gelte, dass es vorher noch keine praktische Zusammenarbeit gegeben habe. Insofern hätten die „Gemeinde-geht-weiter-Projekte“ auch die Entwicklung längerfristiger Kooperationen angestoßen.

„Die Erfahrungen aus ‚Gemeinde-geht-weiter‘ fließen nun in den Kirchenbezirken in die Veränderungsprozesse in Zusammenhang mit den Stellenbudgets ein. Auch die entstehenden Erprobungsräume profitieren davon“, so Oberkirchenrätin Marianne Wagner. Bei der Erprobung neuer Struktur- und Arbeitsformen in den Gemeinden geht es nach Wagners Worten um die Ermutigung zu Initiativen missionarischen Gemeindeaufbaus und die Förderung von Zusammenarbeit „über bisherige Grenzen hinaus“.

23. Mai 2019

„Sorgende Gemeinde“: Kirchliche Arbeit lebt von ihrer Bindungskraft

Schwerpunktthema: Landessynode beleuchtet Herausforderungen und Chancen des demografischen und gesellschaftlichen Wandels



Speyer (lk). Miteinander und füreinander – das ist nach den Worten des pfälzischen Oberkirchenrates Manfred Sutter keine Frage des Alters, sondern von Zuwendung und Beziehungspflege: „Kirchliche Arbeit lebt von ihrer Bindungskraft“, unterstrich der Diakoniedezernent am Freitag vor der in Speyer tagenden Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz. Am Schwerpunkttag befasste sich das Kirchenparlament mit den Folgen des demografischen und gesellschaftlichen Wandels.

In einer „sorgenden Gemeinde“ mit profilierten Angeboten bleibe die Kirche auch in Zukunft ein

Hort gelebter Nächstenliebe und könne attraktiv für Menschen aller Generationen sein, erklärte Sutter. Die Prognosen des Forschungszentrums Generationenverträge, wonach die Kirchenmitgliedszahlen in den kommenden Jahrzehnten stark sinken, sieht Sutter als Signal zum Aufbruch in Kirche und Diakonie: Sie dürften nicht als „schicksalhaft“ hingenommen werden. „Der Wandel fordert uns heraus, ihn aktiv mitzugestalten und damit auch zu verändern.“

Fabian Peters von der Universität Freiburg, der an der Studie mitgearbeitet hat, betonte, dass der prognostizierte Rückgang der Mitgliedszahlen in der pfälzischen Landeskirche vor allem durch Austritte und ein verändertes Taufverhalten verursacht werde. Die meisten Mitglieder, mehr Männer als Frauen, würden bis zum 31. Lebensjahr – und damit vor Geburt des ersten Kindes – austreten. Peters forderte die Synode dazu auf, den 16- bis 31-Jährigen besondere Aufmerksamkeit zu schenken und „relevant für sie zu werden“.

Oberkirchenrat Manfred Sutter sieht in der Analyse eine „kritische Anfrage an die Qualität und Passgenauigkeit“ der kirchlichen Angebote. „Übergänge“ und „Anschlüsse“ müssten entsprechend gestaltet werden, sagte Sutter mit Blick auf Konfirmierte, junge Erwachsene, Familien, Eltern und Großeltern. Dazu brauche es neben einer starken Diakonie auch starke Kirchengemeinden und gesamtkirchliche Dienste, die die Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenswelten ansprechen und sich als Teil einer „sorgenden Gemeinschaft verstehen“.

In seinem Impulsreferat empfahl der westfälische Pfarrer Ralf Kötter den Kirchengemeinden, ein sogenanntes „Cluster“ zu bilden. „Man muss nicht alles selbst machen. Gemeinden haben in ihren Kreisen viele Fachkräfte, die mithelfen wollen“, sagte Kötter. Das Vertrauen sei da. Als Beispiel zeigte er die erfolgreiche Zusammenarbeit von sieben Dorfgemeinden im ländlichen Raum, in der er als Pfarrer tätig war – mit Diakonie, Kommune, Gewerbetreibenden, Kitas, Schulen, Ärzten, dem Amtsgericht, Landesbehörden und Forschungsinstituten. Die Kooperationspartner hätten die Bedürfnisse der Menschen in den Bereichen Altenpflege, Kinderbetreuung, Alltagsversorgung und Mobilität im ländlichen Raum mit konkreten Maßnahmen erfüllt: Stellen für Gemeindegewerkschaften seien geschaffen worden, eine Tagespflege für Demenzkranke sei entstanden, die heimische Wirtschaft habe einen ehrenamtlich betriebenen Bürgerbus finanziert, Ehrenamtliche Schulkinder am Nachmittag betreut sowie digitale Displays und Geräte die Bewohner informiert. Die Folge: Die Gottesdienste füllten und die Einnahmen aus Fördermitteln und Spenden vervielfachten sich.

Die rheinland-pfälzische Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler unterstrich die zentrale Rolle der Kirche, wenn es darum geht, das gute Miteinander der Generationen zu gestalten. Kirchengemeinden seien wichtige Orte für das vielfältige und unterschiedliche Engagement der Menschen und lokale Partner, um „mehr Nachbarschaft und ein Wohnen im Quartier bis ins hohe Alter“ zu ermöglichen.

24. Mai 2019

„Europa ist eine Frage der Haltung“

Kirchenpräsident Christian Schad hat dazu aufgerufen, mit der Stimmabgabe am Sonntag, dem 26. Mai, an der Gestaltung eines solidarischen Europas mitzuwirken.

Speyer (lk). Kirchenpräsident Christian Schad hat auf der Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz für ein solidarisches Europa als Antwort auf populistische und extremistische Strömungen geworben: „Europa ist für mich eine Frage der Haltung. Als Kirche legen wir deshalb – aus der Mitte unseres Glaubens heraus – den Finger in die Wunde, wo immer die Würde eines Anderen verletzt wird. Wir lassen nicht zu, dass einige Wenige von sich behaupten, allein für das ‚wahre Volk‘ zu sprechen und Andere ausgrenzen“, erklärte Schad.



Gerade das Miteinander Verschiedener mache die Stärke Europas aus, sagte Schad, und verwies dazu auf den gemeinsamen Aufruf der Kirchen zur Kommunal- und Europawahl vor wenigen Wochen. In Zeiten von nationalem Egoismus, von Abschottung und Abgrenzung sei Europa „lebendiger Ausdruck des ökumenischen Gedankens von Einheit in versöhnter Verschiedenheit. 100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sind wir – zumal als Nachbarn Frankreichs – dankbar für das Friedensprojekt Europa“.

Einheit und Vielfalt bedingten sich wechselseitig. Die unterschiedlichen europäischen Kulturen, Traditionen und Sprachen würden den Kontinent nicht trennen, sondern verbinden und bereichern. Europa verdanke sich von Anfang an einer Vielzahl von kulturellen und religiösen Einflüssen, sagte Schad. Es bedürfe keiner Dominanz-, keiner Leitkultur, vielmehr einer Kultur wechselseitiger Achtung. „Wir widersprechen, wenn Gruppen zu Sündenböcken erklärt oder Menschen einer bestimmten Religion oder Hautfarbe unter Generalverdacht gestellt werden“, erklärte der Kirchenpräsident.

24. Mai 2019

Heilige Schrift bleibt Glaubensgrund

Landessynode nimmt Kernaussage der Kirchenunion in ihre Verfassung auf – Bekenntnisse werden in „gebührender Achtung“ gehalten

Speyer (lk). Ein Jahr nach dem 200. Jubiläum der Pfälzer Kirchenunion von Lutheranern und Reformierten hat die Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz durch eine Verfassungsänderung eine Präzisierung ihres Bekenntnisstandes vorgenommen. Die Verfassung greife nun im Paragraf 2 eine zentrale Aussage der Gründungsurkunde der Landeskirche auf, nach der diese die altkirchlichen sowie die in den lutherischen und reformierten Kirchen gebräuchlichen Bekenntnisse „in gebührender Achtung“ halte, jedoch keine andere Lehrnorm als allein die Heilige Schrift anerkenne, erklärte Oberkirchenrat Dieter Lutz.



Der juristische Oberkirchenrat betonte, dass der Vorgang einer Bekenntnisbildung und Bekenntnisänderung kein Akt der Rechtsetzung, sondern des Glaubens sei. „Das Bekenntnis kann nicht einfach durch den kirchlichen Gesetzgeber grundlegend festgesetzt oder geändert werden“, sagte Lutz. Verbindlichkeit erlange ein gemeinsames Bekenntnis durch die Einigung der Glaubenden auf bestimmte zentrale Aussagen, die den Bekenntnisinhalt bilden. Daher achte die nun geänderte Verfassung „das freie Urteil in Glaubensfragen und regt das theologische Nachdenken an“.

Der ehemalige Oberkirchenrat und Kirchenhistoriker Klaus Bümlein rief in Erinnerung, dass die Bekenntnisfrage in der Pfalz seit Gründung der Unionskirche umstritten sei. Konservative hätten eine stärkere Geltung der Bekenntnisse gefordert. Liberale hätten kritische Fragen zu dem frühchristlichen Apostolischen Glaubensbekenntnis, wie zum lutherischen „Augsburger Bekenntnis“. „Die Konflikte durchziehen das 19. sowie das 20. Jahrhundert“, sagte Bümlein. Die Debatten rankten sich um die Frage, ob für eine evangelisch-protestantische Kirche eine Nachordnung der Bekenntnisse gegenüber der Bibel ausreiche.

Die unter den Pfälzer Theologen heftig umstrittene Frage, ob das überarbeitete Augsburger Bekenntnis auch als „offizielles Bekenntnis“ der Landeskirche gilt, verneinte Bümlein. Die Formulierung der „gebührenden Achtung“ in der Vereinigungsurkunde sei stets unangetastet geblieben und die Pfarrer würden bei ihrer Einführung in das Amt bis in die Gegenwart ausschließlich auf die Heilige Schrift hin „verpflichtet“.

Bümlein regte vor der Synode an, sich mit den alten Bekenntnissen insgesamt neu zu befassen. Die Achtung, die diesen Bekenntnissen gebühre, könne man glaubhaft „durch eine Erklärung und Übersetzung für heute“ einlösen. Dazu gehöre eine „Achtsamkeit für neue Bekenntnisaussagen in heutiger Sprache und im ökumenischen Gespräch“, sagte Bümlein.

25. Mai 2019